

Kreishaushalt 2010

Herr Landrat, liebe Mitglieder des Kreistages!

Heute beraten wir den ersten Doppik-Haushalt des Landkreises Uelzen. Diese Form der kaufmännischen Buchführung wurde für uns Kommunen analog der Wirtschaft eingeführt, um mehr Transparenz und Kostenbewusstsein zu erreichen.

Statt Verwaltungs- und Vermögenshaushalt müssen wir uns jetzt mit dem Ergebnis- und Finanzhaushalt beschäftigen. Statt mit Einzelplänen beschäftigen wir uns mit Teilhaushalten. Dies ist zu Anfang ein Lernprozess für Abgeordnete, aber auch für die Verwaltungsmitarbeiter.

Das letzte Jahr der Umstellung war für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung dadurch mit viel zusätzlicher Mehrarbeit verbunden, deshalb in diesem Jahr der Dank an die gesamte Kreisverwaltung gleich zum Anfang meiner Haushaltsrede im Namen der CDU-Kreistagsfraktion.

So, nun haben wir das neu gestaltete Werk. Nun gilt es für uns, in einem mühsamen Lernprozess die Produkte herauszuarbeiten, bei denen wir Steuerungsmöglichkeiten haben. Hier können wir dann mit dem Produktverantwortlichen zusammen Ziele formulieren und versuchen zu steuern.

Wobei, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir doch bereits jetzt nüchtern feststellen können, ob Kameralistik oder Doppik, die Zahlen bleiben negativ.

Die Kämmerei prognostiziert für die Jahre 2011 – 2013 im Ergebnishaushalt ein Defizit jährlich zwischen 6 und 2,5 Mill. Euro. Bedingt durch die Wirtschaftskrise werden wir in diesem Jahr und auch weiter erstmal folgend Einnahmeverluste bei den Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage von ca. 8 Mill. Euro haben, dazu kommen steigende Ausgaben im Sozialbereich. Dies bei einem auskonsolidierten Haushalt, der uns nicht mal mehr Spielraum für größere Sparmaßnahmen bietet, weil wir selbst dort an den möglichen Stellschrauben schon gedreht haben.

Die Erfüllung der Pflichtaufgaben, die Festlegung der Investitionsmittel zur Mindestunterhaltung unserer Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen, Jugendzentren, Kreisstraßen und Verwaltungsgebäude, also das Tagesgeschäft, sind unsere Arbeit. Für Neues, Zusätzliches, Visionäres ist seit langem schon kein Spielraum mehr. Alle Bundes- und Landesregierungen jeglicher Couleur haben unsere Kommunen mit zusätzlichen Auf- und Ausgeben belastet, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Dies trifft uns in unserer strukturschwachen Region besonders hart. Aber stellen Sie sich vor, die jetzige Landesregierung hätte 2007 nicht für die Wiedereinführung des „Flächenfaktors“ gesorgt, dann würde unsere Verschuldung pro Jahr noch um 5 – 6 Mill. Euro steigen. Dazu kommen die Bedarfszuweisungen, die im Jahr 2009 in Höhe von 4 + 3, also insgesamt 7 Mill. Euro geflossen sind. Dies sorgt zumindest dafür, dass die Verschuldung aus dem Jahr 2008 in Höhe von knapp 82 Mill. Euro im Verwaltungshaushalt auf 75 Mill. Euro Ende 2009 sinkt. Aber nun geht das Elend wieder neu los. Unsere Hoffnung, vom Zukunftsvertrag des Landes durch eine Fusion der Kreise Uelzen-Lüchow-Dannenberg zu partizipieren ist leider oder Gott sei Dank geplatzt. Von den Zahlen her, 170 Mill. Euro + X wären vom Land in die beiden Kreise geflossen, hätte ich den Vertrag gerne gemacht. Aber von den Auswirkungen für uns als Abgeordnete und insbesondere auch für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung hatten wir, wenn wir ehrlich sind, alle unsere Bauchschmerzen. Ich möchte es vorsichtig ausdrücken, hier stoßen völlig andere Kulturen aufeinander. Der Zeitaufwand jeder unserer Sitzungen hätte sich

wahrscheinlich verdoppelt, unsere Streitkultur, die eben nicht nur auf Streit angelegt ist, wäre dahin.

Aber wie geht es weiter? Manna wird nicht plötzlich vom Himmel fließen.

Jetzt geht es zumindest darum, nachdem wir uns aufgeschlossen für Veränderungen gezeigt haben, abzuklären, ob wir aus dem Zukunftsvertrag 75 % zur Entschuldung erhalten, um zumindest den Landkreis Uelzen zukunftsfähig zu machen. Herr Landrat, Sie haben unsere volle Unterstützung für solche Verhandlungen.

Lassen Sie mich jetzt zu einigen Positionen im Kreishaushalt kommen.

Kreisschulbaukasse:

Auf Grund erhöhten Bedarfs seitens der Kommunen und des Kreises steigt die Umlage auf 870,00 Euro je Grundschulkind. Dies schlägt sich im Kreishaushalt, aber auch in den Haushalten der Samtgemeinden nieder. Anlass sind die verstärkten Investitionen in unsere Schulen auch auf Grund des Konjunkturprogramms.

Wer sich in Kürze die Schülerzahlen des Schulentwicklungsplanes des Kreises ansieht, kann nur zu einem Schluss kommen: Diese Zahlen müssen mit den Anträgen aus Bezuschussung aus der Kreisschulbaukasse abgeglichen werden. In den nächsten 10 Jahren sinken die Schülerzahlen in Uelzen um 25 % und in den Samtgemeinden und Bienenbüttel um 35-40 %. Dies wird Auswirkungen auf die Schulstandorte des Kreises, aber auch der Kommunen haben.

Für die Grundschulen und Standorte sind die Kommunen zuständig, dies soll auch so bleiben. Aber aus der Schulbaukasse des Kreises, die zu 2/3 der Landkreis und zu 1/3 die Kommunen finanzieren, darf unter doppischen Gesichtspunkten nicht am Markt vorbei investiert werden. Im Klartext: Wir müssen schnellstens zu einer Regelung kommen, dass die 40-prozentige Förderung oder in Zukunft ein abgesenkter Betrag nur für Standorte gezahlt wird, die auch eine Zukunft haben. Dieser Diskussion müssen wir uns stellen und gilt auch für die Standorte der Kreisschulen. Das wenige Geld, das wir gemeinsam verwalten, muss verantwortungsbewusst und zukunftsgerecht eingesetzt werden.

Personal:

Hier bleibt es vorerst bei der Vereinbarung, dass je Jahr 1,5 % eingespart wird, wobei wir uns für das Jahr 2010 auf zusätzliche Stellen des gehobenen Dienstes aus dem Budget zu finanzieren geeinigt haben. Dies sind Springerstellen, um auftretende Personalnot bei Krankheitsausfällen mildern zu können.

In der Tat muss der hohe Krankenstand in der Verwaltung hinterfragt werden, dies muss aufgearbeitet werden. Wobei ich mir aber über die Zahlen, die am 2. März in der Zeitung standen, verwundert die Augen gerieben habe. Diese Zahlen lagen mir gar nicht vor, sind aber in der Fraktionssitzung der SPD-Kreistagsfraktion vorgetragen worden. Ich habe sie nicht genannt. Meine Damen und Herren, der Landkreis muss sich durch seine Mitarbeiter mehr denn je zuvor als Dienstleister für Bürger und die Kommunen verstehen. Bei der Doppik ist der Bürger Kunde und in der freien Wirtschaft sagt man, der Kunde ist König, entsprechend ist er auch zu bedienen.

Die IT-Kooperation müssen wir nach einer Zeit der Einarbeitung als Dienstleister für unsere Kommunen entwickeln. Welche weiteren Aufgaben könnten dort zentral und damit kostensparend erledigt werden, dies wollen wir in Zukunft abklären.

Wenn wir aber schneller, freundlicher und kompetenter Dienstleister für unsere Bürger-Kunden werden sollen, kommen wir auch schnell an den Punkt, dass man dazu auch genügend gutes Fachpersonal vorhalten muss; und spätestens dann kann man die Vereinbarung über eine Einsparung von 1,5 % pro Jahr nicht mehr erwarten.

Wir werden uns auf allen Ebenen der Kommunalverwaltung bewegen müssen, dazu erlebe ich eine große Bereitschaft und Aufgeschlossenheit bei vielen Mandatsträgern. Dazu gehört aber

auch, dass die Niedersächsische Gemeinde- und Landkreisordnung uns nicht gängelt. Wir brauchen mehr Entscheidungsspielräume für den dringend notwendigen kommunalen Umbau. Dies bedeutet auch, dass das Umsatzsteuerrecht geändert werden muss. Es kann nicht sein, wenn ein kommunaler Dienstleister für eine andere Kommune tätig wird, wir immer wieder abklären müssen, ob wir dann der Umsatzsteuerpflicht unterliegen.

Eine Bürgergesellschaft, in der viele sich auch ehrenamtlich einbringen, eine schnelle und flexible Kommunalverwaltung braucht auch Entscheidungsspielräume, um sich frei entwickeln zu können. Wir, die Vertreter der Gemeinden, wollen eben nicht baden gehen.

Pflegestützpunkt:

Die CDU-Kreistagsfraktion sagt ja zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes auch im Landkreis Uelzen. Wir kennen die Auswirkungen des demographischen Wandels auch im Hinblick auf eine immer älter werdende Bevölkerung im Landkreis Uelzen. Hilfe zur Selbsthilfe, Hilfe um möglichst lange ein unterstütztes selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung führen zu können, das unterstützen wir, solange auch die Pflege- und Krankenkassen dazu ihren Beitrag leisten. Dieses Projekt sollte aber spätestens nach 3 Jahren auf den Prüfstand, um auch dort eine Kosten-Nutzen-Analyse erstellen zu können. Die Beratung der älteren Menschen muss aber auch dezentral regelmäßig in den Kommunen des Landkreises angeboten werden. Das ist unsere Bedingung.

Kur GmbH Bad Bevensen:

Der Landkreis Uelzen ist ja Mehrheitsgesellschafter der Kur GmbH Bad Bevensen. Die jährliche Verlustabdeckung in der Größenordnung von zwischen 1,2 und 1,5 Millionen Euro erfolgt nach den Gesellschafteranteilen des Landkreises und der Stadt Bad Bevensen.

Wir wissen alle, dass über 2.500 Arbeitsplätze in und um Bad Bevensen im Bereich der Gesundheit, Hotel und Gastronomie, der Tourismuswirtschaft usw. entstanden sind. Die vergangenen Gesundheitsreformen haben auch hier ihre Spuren hinterlassen und wir hoffen, mit den Investitionen von über 10 Mill. Euro Standortsicherung zu betreiben und insbesondere Unterhaltungskosten und Energiekosten einzusparen. Dies ist auch dringend notwendig. Wir müssen zu einer Deckelung des Defizits kommen. Beim Kurhaus müssen wir gemeinsam mit der Stadt eine neue Lösung suchen, denn dieser Betrieb, so wichtig er ist, gehört nicht zur Kernaufgabe der Kur-GmbH.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute wird von anderen Fraktionen sicherlich noch der eine oder andere Antrag eingebracht werden. Ich hoffe, dass dort, wo es um Mehrausgaben im freiwilligen Bereich geht, immer ein Deckungsvorschlag mitgeliefert wird.

Sie alle wissen, wir haben eine Zielvereinbarung mit dem Land abgeschlossen, dies ist die Grundlage für die Genehmigung unseres Haushaltes, aber auch die Grundlage für die Erlangung von Bedarfszuweisungen.

Wünsche gibt es auch in unserer Fraktion, aber die Zielvereinbarung diszipliniert uns auch, die erwarte ich auch von den anderen Fraktionen, denn der Vereinbarung haben wir alle zugestimmt.

Gestatten Sie mir noch eine Randbemerkung zum Artikel in der AZ vom 8. März: „SPD schlägt Alarm an den Schulen.“

Alle Kreistagsabgeordneten wissen doch schon seit letztem Jahr, dass beim Brandschutz, wenn man Brandschutzprüfer in unsere Schulen schickt, erhebliche Beanstandungen erhält und damit Investitionen bindet. Dies ist auch bei den Gemeinden so.

Brandschutz ist wichtig für die Sicherheit der Schüler, dies streitet keiner ab. Er ist Pflichtaufgabe und ist je nach Wichtigkeit auch abzarbeiten.

Aber der Verwaltung einen Vorwurf zu machen, sie hätten die Konjunkturmittel falsch eingesetzt, finde ich hier deplaziert. Diese Mittel, die zur Energieeinsparung führen, aber auch zu einer gravierenden Strukturverbesserung in den Schulen, hätten wir sonst nicht so schnell einsetzen können.

Also bitte hier kein Schreckenszenario aufbauen, das Eltern und Schüler verunsichert. Die Verwaltung ist mit diesem Thema in den Fachausschüssen offen umgegangen.

Dieser 1. doppische Haushalt zeigt auf, dass durch die Änderung aus roten Zahlen keine schwarzen werden. Wir wissen doch alle, wir haben kein Ausgabeproblem, sondern ein Einnahmeproblem.

Unsere Pflichtaufgaben, die uns vom Gesetzgeber Bund und Land vorgegeben werden, stehen unzureichende Finanzzuweisungen gegenüber. Bei der jetzigen Finanzkrise bin ich skeptisch, dass sich kurzfristig an diesem Zustand etwas ändert. Wir sind weiter kommunaler Mangelverwalter.

Ich bedanke mich nochmals bei allen Mitarbeitern der Verwaltung.

Bedanke mich bei den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit und den Realitäten angepasste Streitkultur. Die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2010 zu.